

**Geschäftsführung
Seniorenbeirat**

Es informiert Sie	Silke Meuter
Telefon (0202)	+49 202 563 2336
Fax (0202)	+49 202 563 8531
E-Mail	silke.meuter@stadt.wuppertal.de
Datum	26.10.2016

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Seniorenbeirates (SI/0007/16) am 25.10.2016

Anwesend sind:

Beiratsmitglieder

Frau Apostolo Agnantiti , Frau Maria del Rosario Fernandez Bravo , Herr Rainer Kessler , Herr Andreas Polack , Frau Anne Simon , Herr Gerd Tumeltshammer , Frau Ruth Yael Tutzingler , Frau Christel Windgaßen ,

von der SPD-Fraktion

Frau Doris Blume , Herr Günter Heekerens , Frau Ethel Schneider , Herr Dieter Scherff

von der CDU-Fraktion

Herr Fran-Adalbert Grunwald , Frau Rosemarie Gundelbacher ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Kirsten Gerhards ,

von der FDP-Fraktion

Herr Hans-Wolfgang Meyer ,

von der WfW-Fraktion

Frau Monika Kasten ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Helga Barkmann ,

Behindertenbeirat

Herr Günter Andreß ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Michael Lehnen ,

Schriftführer / in:

Silke Meuter

Beginn: 11:05 Uhr

Ende: 12:57 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Die Vorsitzende, Stv. Gundelbacher, begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Scherff nach langer Abwesenheit.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.08.2016

Die Niederschrift wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3 Vorstellung Wuppertaler Literaten, mündlicher Bericht Frau Glauner

Frau Glauner begrüßt die Anwesenden.

Das Projekt Lesefreuden vom Verband Deutscher Schriftsteller wird seit 2011 in Wuppertal angeboten. Initiatoren hierzu sind u.a. Herr Karl Otto Mühl und Herr Hermann Schulz. Frau Glauner übergibt den Vortrag an den anwesenden Herrn Hermann Schulz.

Herr Schulz erläutert, dass Karl Otto Mühlen von ca. 12 Jahren das Projekt in Frankfurt am Main kennenlernte und die Idee mit nach Wuppertal brachte. Es handelt sich hierbei um ein Vorleseprogramm. Hierbei wird Literatur mit unterschiedlichen Themen von Vorlesern in Altenheim vorgestellt. Es sind zurzeit 10 Vorleser, die zur Verfügung stehen. Aus den bisher gemachten Erfahrungen, konnte die Qualität der ausgewählten Literatur angepasst werden. Es steht die Unterhaltung der Zuhörer im Vordergrund. Das Programm soll nun in größerer Form angeboten werden. Die Organisation ist gesichert. Ziel ist es nun mehr Altenheime ansprechen zu können, dass Angebot anzunehmen. Die Vorleser arbeiten ehrenamtlich. Es wird lediglich ein Kostenbeitrag von 10 bis 15 Euro pro Veranstaltung anfallen, um die Fahr- und Materialkosten decken zu können. Die Heime sollen individuell beraten werden, um den Bewohnern ein angepasstes Angebot zu machen. Leider fehlt der Organisation der Zugang zu den Heimen. Frau Gundelbacher bietet an, in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses der städtischen Alten- und Pflegeheime dieses Thema aufzugreifen und den Leitern das Projekt näher zu bringen. Für die privaten Unternehmen bittet sie Herrn Schulz, sich auf den entsprechenden Seiten nach den Kontaktdaten umzusehen. Bei Bedarf wird von der Geschäftsführung des Seniorenbeirates hier unterstützt. Herr Polack, Diakonie Wuppertal, und Herr Kessler, Caritas Wuppertal, benennen die Kontaktdaten für die Heime unter ihrer Führung. Für den Kontakt zu Lesefreuden in Wuppertal befindet sich in der Anlage ein Auszug aus der Zeitschrift Sental, Ausgabe 02/2016 (Anlage 1).

4 Vorstellung der Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe "Entwicklung eines Konzeptes zur Entwicklung und Vernetzung von Strukturen zur Förderung der Prävention von Alterserkrankungen in Wuppertal" mündlicher Bericht Herr Bader, Demenzservicezentrum Bergisches Land

Vorstellung des Themas erfolgt mit Hilfe einer Power Point Präsentation (Anlage

2).

Herr Bader stellt sich vor und erläutert kurz die Herkunft der Arbeitsgruppe aus der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz. Die Fragestellung zur Arbeitsgruppe war, wie man im Alter gesund bleiben kann. Er erklärt, ausgehend von den aktuellen Erkenntnissen des Welt-Alzheimer-Berichtes 2015 die sowohl volkswirtschaftlich als auch gesellschaftspolitische Notwendigkeit der Prävention im Allgemeinen und der eng damit zusammenhängenden Prävention von Alterserkrankungen im Besonderen. Hierzu stellt er die Themenkomplexe der Arbeitsgruppe kurz vor.

Festgestellt wurde bereits, dass eine längere Lebenserwartung und ein spätes Einsetzen von Alterserkrankungen in direktem Zusammenhang mit der Einbindung von Menschen in stabile Familienverbände und auch Sozialstrukturen sowie Bewegung und gesunde Ernährung steht. Hauptrisikofaktoren für eine Erkrankung an Demenz/Alzheimer wird im metabolischen Syndrom und Depressionen gesehen. Auch wurde erforscht, dass selbst eine spätere Änderung des Lebensstils im Alter von 55 Jahren noch den Ausbruch einer Erkrankung hinauszögern kann. Der Gesetzgeber beginnt hier auch rechtlich vorbeugen zu wollen. Durch die inzwischen entstandenen Präventionsgesetze soll ein Umdenkungsprozess in Gang gesetzt werden. Die Menschen können nur durch die Arbeit im Quartier hiervon profitieren. Hierzu müssen verschiedene Organisationen zusammen arbeiten.

Herr Andreß fragt, wie denn sichergestellt werden kann, dass die im Zusammenhang stehenden Themen in Seniorenzentren beachtet werden, insbesondere das Thema Ernährung. Hierzu führt Herr Bader aus, dass gerade in den Zentren darauf geachtet wird und eine ausgewogene Ernährung angeboten werde. Herr Polack sieht das Problem der Mangelernährung eher bei Personen angesiedelt, die zu Hause wohnen, da in den stationären Einrichtungen auf die Ausgewogenheit der Ernährung geachtet wird, und entsprechende Prüfungen sehr streng durchgeführt werden. Herr Kessler erklärt hierzu, dass in den stationären Einrichtungen bis zu 7 Mahlzeiten täglich angeboten werden und man hier nicht von einer Mangelernährung reden könne. Herr Andreß führt erweiternd hierzu aus, dass das Problem ja im Kindergarten bereits anfängt und in Senioreneinrichtungen endet und das hier eine bessere Kontrolle stattfinden müsse. Herr Bader fügt hinzu, dass gerade in stationären Einrichtungen offene Mittagstische angeboten werden, um der Mangelernährung von Alleinstehenden oder nicht organisierten Personen entgegen wirken zu können. Hiervon gibt es zurzeit nur viel zu wenig Angebote. Frau Kasten ergänzt hierzu, dass das Problem der Mangelernährung sehr wohl im ambulanten Bereich bekannt sei. Herr Bader erläutert, dass die starke Zunahme von Demenzerkrankungen an vielen Faktoren liegt und nicht nur an der Ernährung. Es ist auch die wachsende Bevölkerung und die Umwelt hierbei zu beachten. Herr Bader führt dazu aus, dass auch der Fortschritt und das damit zusammenhängende schlechtere Gesundheitsverhalten auch ein Grund für die Erkrankungen sind. Sorgen müsse man sich zurzeit um die jüngeren Jahrgänge machen, die noch nicht an das Alter denken.

5 Beteiligungsverfahren Umfeldgestaltung Berliner Platz, mündlicher Bericht, Frau S. Rolf, Quartiersbüro Vier Zwo Zwo/ Herr Simon, Stadtentwicklung

Frau Gundelbacher begrüßt Herrn Simon.

Sie äußert ihr Entsetzen zum Zustand des Berliner Platzes sowie der Berliner Straße. Sie gibt zu bedenken, dass die dort herrschenden Umstände nicht für die Sicherheit von Senioren sprechen und hat Bedenken, dass eine Umgestaltung zu mehr Sicherheit führen wird.

Herr Simon stellt sich vor. Mit Hilfe einer Power Point Präsentation (Anlage

3) stellt Herr Simon das Beteiligungsverfahren Berliner Platz vor. In dem Verfahren ist die Beteiligung einzelner Gremien, auch die des Seniorenbeirates, sowie von den Bürger gewünscht. Unterstützt wird das Projekt zur Umsetzung von einem Planungsbüro. Festgestellt wurde bereits, dass laut Polizei der Berliner Platz kein sogenannter Brennpunkt ist. Zwar werden die sich dort aufhaltenden Personen und auch die wohl vorhandene Kriminalität von den Bürgern als gefährlich wahrgenommen, was von der Polizei aber nicht als übermäßig vorliegend bestätigt wird. Die Gestaltung des Platzes ist zurzeit nicht als gut einzustufen. Ursache hierfür ist u.a. der Schwebebahnumbau. Es gibt aber schon Veranstaltungen auf dem Platz, z.B. 2 Mal in der Woche ein Markt, der von den Bürgern gut angenommen wird. Die Neugestaltung nimmt nun Fahrt auf. Bereits umgesetzt wurde die Errichtung öffentlicher Toiletten und in Zusammenarbeit mit dem Verband katholischer Frauen wurde das Trafohäuschen neu gestaltet. Herr Simon lädt die Anwesenden zur nächsten Veranstaltung zum Thema Berliner Platz am 08.11.2016 um 18 Uhr in der Färberei ein.

Frau Simon gibt aus ihrer Erfahrung aus der Polizeiseelsorge zu bedenken, dass die Umgestaltung des Platzes nicht die Grundproblematik ändern wird. Es ist bekannt, dass Oberbarmen das Armenhaus Wuppertals ist. Vor Ort gibt es zu wenig Treffpunkte oder es fehlt an einer guten Drogenpolitik. Die genannten Maßnahmen sind nur Kosmetik. Frau Gundelbacher pflichtet hier bei. Die höhere Sicherheit der Senioren wird von den Maßnahmen nicht gewährleistet. Es gibt zu viele negative Meldungen über den Platz, als das Senioren sich dort sicherer fühlen würden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Simon, dass für die Summe aller Kosten ein Betrag von 1,79 Millionen Euro zur Verfügung steht. Er erläutert, dass durch das Projekt ein politischer Wille geformt und auch das Grundproblem angegangen werden soll.

Frau Agnatiti ist Inhaberin eines Geschäftes am Wupperfelder Markt. Durch die Verschönerung des Marktes im Jahr 2000 wurde das Problem der dort aufhältigen Alkoholiker auf den Berliner Platz verschoben. Aber das Grundproblem wurde hier nicht bekämpft. Polizei und Stadt kümmern sich bis heute nicht mehr um den Wupperfelder Markt, so dass durch die dort stattfindenden Überfälle oder illegale Geschäfte die Kunden der dort ansässigen Geschäftslokale fernbleiben. Herr Simon äußert dazu, dass die Stadt sich gekümmert hat und das deswegen die Projekte wie die Gestaltung des Wupperfelder Marktes und des Berliner Platzes gestartet werden. Frau Agnatiti empfindet das Eingreifen der Stadt als zu spät. Frau Gerhards sagt aus, dass die Gesellschaft Drogen egal welcher Art akzeptiert und aus diesem Grunde müssen auch die am Konsum erkrankten Bürger akzeptiert werden. Hierzu müssen Räume geschaffen werden, in die sich Betroffene zurückziehen können. Die Kriminalität könnte so ggf. entschärft werden. Die Personen nur zu verdrängen wird an der Situation nichts ändern. Frau Tutzinger berichtet, dass eine Bekannte den Bereich aufgrund von aggressiven Jugendlichen meidet. Herr Simon verneint die Frage von Frau Gerhards, ob vor Ort noch eine Polizeiwache ist. Durch Stellenabbau wurde die Wache geschlossen, was sich nicht ändern wird. Frau Agnatiti gibt auch zu bedenken, dass die Polizei den vielen Leuten gegenüber nicht Herr wird und das die Alkoholiker nicht das Grundproblem sind, sondern eher die Kriminellen.

Frau Heinen stellt kurz das Programm vor. Sie hat in der vorgehenden Diskussion nochmals gemerkt, dass die Gestaltung des Berliner Platzes auch eindeutig ein Thema der Inklusion ist, nämlich im Umgang mit anders lebenden Personen.

Frau Heinen bittet den Beirat dem Inklusionsbüro für den weiteren Beratungsprozess mitzuteilen, was in dem Handlungsprogramm fehlt. Sie wird verfolgen, wie z.B. durch die Gestaltung des Berliner Platzes Möglichkeiten bestehen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürger und die einzelnen Menschen zu integrieren.

Herr Andreß fragt, wieso jetzt schon ein Beschluss erfolgen soll, wenn noch eine Beteiligung erfolgen soll. Frau Heinen erwidert hierauf, dass durch das Handlungsprogramm die Politik in die Pflicht genommen werden soll, sich mit den Themen zu beschäftigen. Die Rolle des Gremiums ist auch, Kritik zu äußern und somit ihren Beitrag leisten, in dem sie über die Maßnahmen beraten. Der Beschluss wurde einstimmig mit 8 Stimmen empfohlen.

7 Telefonsprechstunde des Seniorenbeirates 2016 und 2017

Frau Gundelbacher wünscht sich von Seiten der Beiratsmitglieder mehr Beteiligung. Es ergibt sich bei jeder Sprechstunde, dass immer dieselben 5-6 Personen im Wechsel teilnehmen. Dies kann so nicht mehr hingenommen werden. Von der Geschäftsführung wurde eine Liste erstellt, in die sich bitte Teilnehmer an den entsprechenden Daten eintragen oder die ausgelegte Liste mitnehmen, um später eine Meldung an die Geschäftsführung zu geben.

Die Presse berichtet spärlich über die Sprechstunde, obwohl pro Sprechstunde eine Pressemitteilung von der Verwaltung veranlasst wird. Frau Gerhards berichtet, dass in der Sprechstunde ohne Ankündigung 1 Person und in einer Sprechstunde mit Ankündigung 10 Personen angerufen haben.

Es wird bemerkt, dass am besten eine Anzeige am Tag der Sprechstunde geschaltet wird. Frau Gundelbacher gibt zu bedenken, dass für eine kostenpflichtige Anzeige keine Mittel zur Verfügung stehen und dass die kostenlosen Mitteilungen in den Händen der Presse liegen. Frau Gundelbacher wünscht, dass das Geschäftsbüro mit ihr zusammen Kontakt zu Frau Eckermann aufnimmt, um das Problem zu bereden.

Herr Heekerens wünscht eine größere Beteiligung der Beiratsmitglieder. Frau Gundelbacher ergänzt hierzu, dass die Sprechstunde ggf. auch vorzeitig abgebrochen wird, sollten bis 11.15 Uhr keine Anrufe vorliegen. Es würden maximal 2 Stunden Zeit von den Mitgliedern in Anspruch genommen werden.

Frau Kasten schlägt vor, in den Stadtteilnachrichten die kostenlosen Anzeigen zu nutzen. Herr Grunwald bringt ein, dass die Termine in den Altentreffen bekannt gegeben werden. Auch sieht er das Problem, dass die Sprechstunden an der mangelnden Beteiligung der Mitglieder und auch an mangelnden Anrufen scheitern können.

Herr Lehnen sichert zu, dass die Telefontermine an die entsprechenden Seniorentreffs über die ihm vorliegenden Verteiler weitergeleitet werden.

Frau Gundelbacher spricht in dem Zusammenhang die Einstellung der Zeitung Sental an (ursprünglich Bericht der Vorsitzenden, TOP 10).

Die Zeitung wurde eingestellt, da der Verlag den Vertrag gekündigt hat. Herr Heekerens ergänzt hierzu, dass der Verlag pro Ausgabe einen Betrag von 3500 Euro zugegeben hat, da keine andere Finanzierung vorlag. Es gibt aber eine Absprache mit dem Verlag, dass bei Vorlage eines neuen Konzeptes die Zeitung ggf. wieder aufgelegt wird. Dies Konzept muss aber auf sicheren Beinen stehen. Herr Grunwald findet es sinnvoll, wenn alle halbe Jahre eine Beilage für Senioren in der WZ oder der Rundschau vom Seniorenbeirat gestaltet wird. Er sieht das Problem, dass die Verteilung der Zeitung nicht ausreichend ist, um gute Anzeigen

verkaufen zu können. Deshalb wäre eine solche Beilage besser. Frau Gundelbacher erklärt, dass es bei der Rundschau die Beilage Evergreen gibt. Hier kann der Seniorenbeirat sich auch einbringen. Herr Grunwald meint, dass die Rundschau dem Seniorenbeirat mehr Beteiligungsmöglichkeiten bieten müsse. Desweiteren sei die Seniorenzeitung der WZ eigentlich keine Seniorenzeitung. Es müssen in seinen Augen Gespräche mit den Zeitungen stattfinden, um die Beteiligung und Veröffentlichungen vom Seniorenbeirat besprechen zu können.

Frau Windgassen teilt mit, dass gerade die Neuauflage der Evergreen stattfindet. Eine neue zusätzliche Zeitung bei der WZ oder der Rundschau wird wohl nicht möglich sein. Man muss auf die bestehenden zurückgreifen. Herr Scherff äußert, dass es um die eigene Zeitung des Seniorenbeirates ginge. Und das man nicht aus den Augen verlieren dürfe, dass ein Konzept für die eigene Zeitung fehle und das man sich hierauf konzentrieren solle. Der Beirat müsse ein tragfähiges Konzept entwickeln. Hierfür soll eine Besprechung stattfinden, um ein solches zu entwerfen. Frau Simon gibt zu bedenken, dass bei einem neuen Konzept aber auch die neuen Medien berücksichtigt werden müssen. Es sind inzwischen auch viele ältere Bürger, die auf Papier verzichten und Apps nutzen. Vielleicht könne man eine App entwickeln. Herr Kessler äußert, dass man klären muss, wen man erreichen will. Außerdem kann er sich vorstellen, dass ein gemeinsames Medium von Seniorenbeirat, Beirat der Menschen mit Behinderung und ggf. Caritas oder andere Organisationen entwickelt wird. Voraussetzung für jedes Medium ist aber die Aktualität. Es muss auch sichergestellt sein, dass die Informationen gepflegt werden. Und all dies ist mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Herr Grunwald sieht den Bedarf die Presse zu den Sitzungen einzuladen. Bei dem Ausschuss für Soziales wäre auch immer die Presse anwesend. Hierdurch würde die Arbeit des Seniorenbeirates bekannter werden.

Herr Kessler berichtet, dass bei dem wöchentlich erscheinenden Newsletter der Stadt oder bei Versendung des Stadtboten nie über den Beirat oder die Sitzungstermine berichtet wird. Herr Lehnen nimmt in diesem Zusammenhang Kontakt zur verantwortlichen Sachbearbeiterin auf, um dies zu klären. Frau Gundelbacher wird das Thema wieder aufgreifen. Herr Scherff bittet um Aufnahme des TOP Zeitung des Seniorenbeirates in den Themenspeicher für die Sitzung im Januar 2017.

8 Sachstand altengerechte Quartiersentwicklung, mündlicher Bericht, Frau Krautmacher/Herr Enkhartd

9 Aktionswoche "Wohnen im Alter der bergische Seniorenbeiräte"

Herr Enkhartd berichtet über die Stadtteilkonferenz in Langerfeld am 29.09.2016. In Langerfeld wird ein neues Projekt der Quartiersarbeit geplant. Die Quartiersarbeit findet losgelöst von der Stadtteilkonferenz statt, die die Rückmeldung von den Beteiligten Personen erhalten wird. Ein erstes Treffen mit den betroffenen Akteuren ist am 24.11.2016 in der Verwaltung geplant.

10 Bericht der Vorsitzenden

Dieser TOP wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt, da es hier noch keine konkreten Angaben gibt, sondern lediglich Absichtserklärungen vorliegen.

TOP 10

Siehe Thema Sental in Top 7

11 Mitteilungen aus der Verwaltung

Herr Lehnen berichtet, dass das Ressort Soziales seit dem 1.10.2016 wieder Sozialamt heißt. Es wurden außerdem organisatorische Änderungen vorgenommen. Das Team Schwerbehindertenrecht (ehem. Versorgungsamt) ist nun eine eigene Abteilung. Die finanziellen Leistungen wurden in einer Abteilung zusammengefasst. Die Betreuungsstelle und die Hilfen für Erwachsene wurden ebenfalls in eine Abteilung zusammen geführt.

Frau Gerhards fragt nach, ob denn Anträge auf Leistungen der Grundsicherung noch im Versorgungsamt gestellt werden können. Dies bejaht Herr Lehnen auf die Räumlichkeiten bezogen, da dieser Bereich auch noch im selben Gebäude ansässig ist.

Herr Lehnen berichtet, dass in den kommenden Monaten alle Empfänger von Grundsicherungsleistungen über die Angebote von Seniorentreffs informiert werden. Dies geschieht kostenneutral im Rahmen von Post, die üblicherweise an diesen Personenkreis verschickt wird.

12 Verschiedenes

Keine Themen

Stv. Rosemarie Gundelbacher
Vorsitzende

Silke Meuter
Schriftführerin